

Heidelberger Erklärung

Gemeinsame Position für den Fusionsprozess der

**Bergbau-Berufsgenossenschaft
Steinbruchs-Berufsgenossenschaft
Berufsgenossenschaft der keramischen und Glas-Industrie
Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie
Papiermacher-Berufsgenossenschaft
Lederindustrie-Berufsgenossenschaft
Zucker-Berufsgenossenschaft**

Ziel ist die Bildung einer leistungsstarken Berufsgenossenschaft, die durch hohe Qualität insbesondere im Bereich der Prävention und Rehabilitation eine bedeutende Rolle in der zukünftigen Struktur der gesamten Berufsgenossenschaften spielen wird.

Der Weg dahin ist geprägt durch eine faire und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Nach dem Ergebnis der Besprechung vom 18. Oktober 2006 kann in folgenden Punkten von gemeinsamen Positionen ausgegangen werden:

Jede der beteiligten Berufsgenossenschaften muss sich in der künftigen Selbstverwaltung adäquat wiederfinden können.

Die bereits erfolgreiche branchenorientierte Prävention soll erhalten und durch verstärkte Anstrengungen und Erzielung von Synergieeffekten optimiert werden.

Präventionsgremien werden hierzu in gleicher oder ähnlicher Form bestehen bleiben und ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen.

Hierbei soll so viel Gemeinsamkeit wie möglich, aber so viel fachliche Spezialisierung wie nötig im Fokus der Aufmerksamkeit stehen.

Für die Mitgliedsunternehmen ist es von eminenter Wichtigkeit, den Fusionsprozess durch die Erzielung von Synergieeffekten beitragsneutral zu gestalten und als wünschenswertes Ziel gemeinsam zu Beitragssenkungen zu gelangen.

Hierbei soll der gesetzlich zur Verfügung stehende 12-Jahreszeitraum effektiv zur Erzielung der Synergieeffekte genutzt werden.

Bezüglich der Rücklagen und Vermögen der beteiligten Berufsgenossenschaften bietet das Modell der BG BAU interessante Lösungsansätze. In diesem Rahmen können bestimmte Rücklagevermögen und überschüssige Betriebsmittel der jeweiligen Berufsgenossenschaften in ihren früheren Zuständigkeitsbereichen vorbehaltlich detaillierter zukünftiger Regelungen zur Beitragsgestaltung verwendet werden.

Die Standorte der bisherigen Hauptverwaltungen werden beibehalten.

Für die Besetzung der Geschäftsführung sind unterschiedliche Modelle möglich, bei denen die fachliche Qualifikation und eine faire Behandlung aller Beteiligten im Mittelpunkt der Betrachtung stehen werden.

Zur Steuerung des Fusionsprozesses sollen ein Fusionsausschuss aus den Vertretern der Selbstverwaltungsgremien und ein Lenkungsausschuss mit Vertretern des Hauptamtes gebildet werden.

Das Papier der „Gemeinsamen Position für den Fusionsprozess“ dient als Grundlage für die Entscheidungsfindung in den zuständigen Gremien der beteiligten Berufsgenossenschaften.

Heidelberg, den 18. Oktober 2006